

Q1 POLITISCHE STRUKTUREN UND PROZESSE

WAS DU WISSEN SOLLTEST...

A) ...ÜBER VERFASSUNGSNORM UND VERFASSUNGSREALITÄT

- ✓ Das deutsche Grundgesetz ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.
- ✓ Die Prinzipien der deutschen Verfassung sind in Art. 1 und Art. 20 GG festgelegt.
- ✓ Art. 1 [Schutz der Menschenwürde] – Der Schutz der Person ist der Kerngedanke des Grundgesetzes. Jeder Mensch ist schutzwürdig. --> Es dürfen nach diesem Grundsatz keine Existenzen gegeneinander aufgerechnet werden! (Nach dem deutschen Grundgesetz sind keine utilitaristischen Argumentationen zulässig! Menschenopfer als Bürgerpflicht (Abschusserlaubnis) kann es nie im Einklang mit diesem Verfassungsgrundsatz geben!
- ✓ Art. 20 [Verfassungsgrundsätze]: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ - Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Föderalismus, Rechtsstaatlichkeit
- ✓ Art. 1-19 GG enthält die Grundrechte, welche entweder als Menschenrecht jedem Menschen oder als Bürgerrecht jedem Deutschen zugesprochen werden.
- ✓ Prinzipiell ist jedem die Ausübung seiner bürgerlichen Freiheitsrechte erlaubt. Unter Grundrechtsabwägung versteht man allerdings, dass es in bestimmten Situationen Grundrechtshierarchien gibt, die einzuhalten sind. So kann beispielsweise keinem das Recht auf Versammlungsfreiheit abgesprochen werden. Unter Umständen kann jedoch die exekutive Gewalt (Verwaltung, Polizei) eine Kundgebung verbieten, wenn z.B. eine Gegendemonstration beantragt wurde und es die örtlichen Gegebenheiten nicht erlauben, beide Veranstaltungen in angemessener räumlicher Entfernung stattfinden zu lassen oder zu wenig Schutzpersonal zur Verfügung steht. In solch einem Fall steht das Recht auf öffentliche Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Person höher als das politische Bürgerrecht auf Versammlungsfreiheit.
- ✓ Das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist eine **parlamentarische, repräsentative Demokratie**.
- ✓ Die Bürger **wählen** Parteien und Abgeordnete in die Kommunal- und Länderparlamente sowie in den Deutschen Bundestag. Die gewählten Vertreter **repräsentieren** den politischen Willen/ die politische Haltung der Wähler. Die politische Willensbildung und -entscheidungsfindung geschieht **stellvertretend** durch die gewählten Abgeordneten.
- ✓ Der Deutsche Bundestag erfüllt neben den Gemeinde-, Stadträten und Länderparlamenten sowie dem Deutschen Bundesrat die **Legislativfunktion** (Horizontale und vertikale Gewaltenteilung).
- ✓ Der Deutsche Bundestag ist ein klassisches **Redeparlament**, d.h. in ihm geschieht sowohl die politische Willensbildung als auch die Gesetzgebung (vgl. **Arbeitsparlament** --> nur

Gesetzgebung (USA)).

- ✓ In einer **parlamentarischen Demokratie** geht die **Regierung** aus dem **Parlament** hervor bzw. wird von diesem gewählt. Entscheidend sind die Mehrheitsverhältnisse im Parlament (vgl. **Präsidentielle Demokratie** --> Wahl des Regierungschefs durch das Volk).

B) ...ÜBER PARTIZIPATION UND REPRÄSENTATION

- ✓ In Deutschland spricht man von einem Parteienstaat, da die politische Willensbildung sehr stark durch politische Parteien gestaltet und das politische Personal maßgeblich durch sie rekrutiert wird. Den Parteien wird im Grundgesetz (Art. 21) eine besondere verfassungsrechtliche Stellung eingeräumt.
- ✓ Gewählt werden die Abgeordneten der Gemeinderäte, Länderparlamente und des Bundestages nach den Grundsätzen der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl.
- ✓ Die Wahl zum Deutschen Bundestag und den Landtagen erfolgt durch die personalisierte Verhältniswahl. Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wird der Direktkandidat einer Partei zur Sendung in das Parlament gewählt, mit der zweiten Stimme wird eine Partei gewählt. Die Zweitstimme entscheidet über die Mehrheitsverhältnisse der Sitzverteilung im Parlament. Durch die Direktwahl eines Wahlkreiskandidaten entstehen meist Überhangmandate, da jeder direkt mit Erststimme gewählte Kandidat in das Parlament einzieht.
- ✓ Der Grundsatz des Pluralismus der Werte und Anschauungen lässt es wünschenswert erscheinen, so viele verschiedene politische Meinungen wie möglich in den Prozess der politischen Willensbildung mit einzubeziehen. Aufgrund der Organisation des Willensbildungsprozesses in einer repräsentativen Demokratie (Wahl von Repräsentanten, 5%-Hürde bei Einzug in die Landesparlamente und den Bundestag) ist es nötig, bei dem Versuch der Lösung politischer Konflikte Formen zu finden, die möglichst viele Betroffene und verschiedene Interessenlagen mit einbeziehen. Dies geschieht auf Bundesebene durch offene Anhörungen in den Ausschüssen des Bundestages. Nicht transparente, verdeckte Lobbyarbeit rund um die Abgeordneten ist ein weiteres Mittel zur Interessenartikulation und -durchsetzung.
- ✓ Der Bürger kann neben der aktiven Mitarbeit in einer Partei weitere Formen der politischen Partizipation wahrnehmen: Beteiligung an Wahlen, Eingaben an den Bundespräsidenten richten, Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einlegen, Leserbriefe an die Massenmedien schreiben, Mitglied in einer Bürgerinitiative oder einem Verband werden, Petitionen an die Petitionsausschüsse der Parlamente richten, Demonstrationen organisieren und an ihnen teilnehmen, ...

...ÜBER DIE MEDIEN

- ✓ Politische Information ist in einer repräsentativen Demokratie ohne Massenmedien nicht

möglich. Die eigentliche parlamentarische Arbeit findet hinter verschlossenen Türen in den Ausschüssen statt und dient der Lösungsfindung. Angestrebte Kompromisse beeinhaltet per se, dass Interessenvertreter nicht alle Forderungen oder eigene Vorstellungen zur Lösung durchsetzen können. Absprachen und begrenzte Forderungen sind nötig. Um diesen Prozess gewährleisten zu können, muss die Sphäre der Aushandlung von Kompromissen vor der Öffentlichkeit geschützt bleiben.

- ✓ Aus diesem Umstand ergibt sich die Notwendigkeit der (nachträglichen) Vermittlung politischer Beschlüsse. Die Parlamente müssen ihre Beschlüsse den Wählern mitteilen, damit die Beschlüsse legitimiert werden und Anlass zu erneuter gesellschaftlicher Debatte sein können. Als Vermittler politischer Positionen und Entscheidungen fungieren die Journalisten der Massenmedien. Diese berichten von öffentlichen Plenarsitzungen, Pressekonferenzen und nutzen die Informationen von Politikern, Betroffenen. Die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente und Parteien wird über Pressestellen organisiert. Die politischen Akteure haben ein Interesse daran, ihre Meinung möglichst direkt weiterzugeben und bereiten ihre Mitteilungen so auf, dass sie möglichst von den Medien genutzt werden (Personelle Unterbesetzung der Redaktionen befördert die direkte Weitergabe ohne kritische Aufbereitung!)
- ✓ Der Trend der Mediatisierung der Politik befördert die Anstrengungen der Politik, sich bei der politischen Öffentlichkeitsarbeit möglichst mediengerecht zu verhalten: Personalisierung der Politik in Wahlkämpfen, TV-Duelle, um viele Wähler zu erreichen, symbolische Politik als Scheinpolitik und Inszenierung, um einen hohen Aufmerksamkeitswert zu erzielen und damit Gegenstand medialer Berichterstattung zu werden.
- ✓ In Deutschland ist zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Medien zu unterscheiden. Öffentlich-rechtliche Medien werden über Gebühren der Nutzer finanziert und haben den Auftrag, ausgewogen zu berichten und ein Programm für alle gesellschaftlichen Gruppen anzubieten. Rundfunkräte entscheiden über die Programmgestaltung und sind mit Vertretern breiter gesellschaftlicher Schichten besetzt. Die privaten Medien finanzieren sich aus Werbeeinnahmen und sind in ihrer Programmgestaltung an hohen Einschaltquoten interessiert, um die Werbeeinnahmen zu maximieren.

D)...ÜBER DIE BUNDESREPUBLIK UND DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION

- ✓ Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied der EWG und Hauptakteur im Prozess der Europäischen Integration.
- ✓ Die Europäische Integration erstreckte sich zunächst auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes.
- ✓ Mittlerweile hat sich die europäische Zusammenarbeit auf drei Hauptsäulen erweitert: Neben der

Europäischen Gemeinschaft gibt es die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik.

- ✓ Der Streit um eine gemeinsame europäische Verfassung ist Indiz für die widerstreitenden Positionen in der Frage, ob die EU sich neben der wirtschaftlichen Einheit auch als politische Einheit im Sinne eines Staatenbundes verstehen will.

E) ...ÜBER POLITISCHE THEORIE

- ✓ In der Demokratietheorie dominieren das identitätstheoretische und das konkurrenztheoretische Modell. Soll und muss eine moderne Demokratie direkt oder indirekt organisiert sein?
- ✓ Das identitätstheoretische Modell geht in seinen Grundlagen davon aus, dass der politische Willen des Einzelnen nicht übertragbar ist, sondern von ihm selbst vertreten werden muss. Dies bedeutet, dass politische Entscheidungen von allen Mitgliedern eines politischen Verbandes direkt getroffen werden müssen.
- ✓ Gegen das identitätstheoretische Demokratiemodell spricht zum einen die moderne Arbeitsteilung in der Gesellschaft --> Professionalisierung von Aufgaben. Das Argument ist, dass nicht jeder Bürger in einer komplexen Gesellschaft angemessen alle politischen Fragen inhaltlich ergründen und zu einer ausgewogenen Entscheidung gelangen kann.
- ✓ Das konkurrenztheoretische Modell der Demokratie geht davon aus, dass der politische Wille des Einzelnen prinzipiell übertragbar ist (Vertreter durch Wahl bestimmen) und dass die Willensbildung durch den Wettbewerb verschiedener Meinungen (durch Parteien repräsentiert) möglich und wünschenswert ist.